



Sperrfrist: Redebeginn.

Es gilt das gesprochene Wort.

Konsequent eingreifen – Mit gezielten Maßnahmen und dem Impfturbo das Gesundheitssystem schützen

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Saarlandes

Tobias Hans

Staatskanzlei des Saarlandes

Saarbrücken, den 29. November 2021

Weitergabe und Veröffentlichung des Inhalts des Redeentwurfs im Gesamten oder in Teilen sowie das Anfertigen von Kopien oder Abschriften – auch in digitaler Form – sind bis zum Ablauf der Sperrfrist grundsätzlich untersagt. Der Redeentwurf ist bis dahin vertraulich zu behandeln und darf nur an befugte Dritte mit einem entsprechenden Hinweis weitergegeben werden.

Herr Präsident,

meine Damen und Herren Abgeordnete,

lassen Sie mich, bevor ich ins Thema eintrete, noch eine Bemerkung aus aktuellem Anlass machen. Mitte letzter Woche haben die Koalitionsparteien in Berlin ihren Koalitionsvertrag vorgelegt. In wenigen Tagen wird ein neuer Bundeskanzler gewählt und mit ihm eine neue Bundesregierung vereidigt. Im Namen der saarländischen Landesregierung wünsche ich dieser Bundesregierung schon jetzt eine glückliche Hand und ein erfolgreiches Regieren in den kommenden Jahren. Es war seit jeher Tradition in den Beziehungen zwischen saarländischer Landesregierung und Bundesregierung, dass beide jenseits aller politischen Farbenlehre vertrauensvoll und sachorientiert zusammenarbeiten. Ich setze drauf, dass das auch in Zukunft so sein wird. Wir in der saarländischen Landesregierung sind hierzu ausnahmslos gerne bereit.

Erfolgreiches Regieren, das wünsche ich vor allem, wenn es um die Bewältigung der Corona-Pandemie geht. Mit jedem Tag, der vergeht, wird uns klarer: Erneut stehen wir vor einer immensen Herausforderung. Viel größer, als noch vor wenigen Wochen geglaubt. Möglicherweise auch viel größer als alle bisherigen Wellen. Wir können das leider nicht ausschließen. Wir wissen ja mittlerweile sehr Vieles über Sars-CoV-2 – nicht zuletzt auch dank unserer hervorragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland und auch im Saarland. Dennoch: In weiten Teilen sind dieses Virus und alles, was damit zusammenhängt, immer noch terra incognita. Von Überraschungen, von unerwarteten Entwicklungen und Wendungen werden wir wohl auch in Zukunft schlechterdings nicht gefeit sein. Das, meine Damen und Herren, gehört nun einmal zur Wahrheit einer solchen Pandemie dazu.

Wir sehen das gerade wieder im Fall der neuen Virus-Variante Omikron aus Südafrika. Inwieweit uns diese Variante Anlass zur Sorge geben muss, wird derzeit geprüft. Die ersten Meldungen sind nicht sehr verheißungsvoll. Sie ist bereits in Deutschland angekommen. Sie hat sehr viel mehr Mutationen als alle bisherigen Varianten. Sie führt zu einer höheren Viruslast und ist deswegen möglicherweise noch ansteckender als die Delta-Variante. Ob sie den bestehenden Impfschutz umgeht, ob sie schwerere Krankheitsbilder hervorruft,

möglicherweise sogar tödlicher ist, all das wissen wir noch nicht. Ich möchte nicht den Teufel an die Wand malen, aber beruhigende Nachrichten sehen anders aus. Wir können nicht ausschließen, dass die Karten jetzt ganz neu gemischt werden, dass wir es in den kommenden Monaten mit einer anderen, gegebenenfalls sogar schlimmeren Pandemie zu tun haben werden. Frau Professorin Sigrun Smola von der Homburger Virologie beobachtet jedenfalls die Situation im Saarland auch auf diese Variante hin sehr genau. Mit ihr und mit anderen Wissenschaftlern unserer Universität stehe ich in permanentem Kontakt.

Meine Damen und Herren, die Fallzahlentwicklung ist derzeit ohnehin dramatisch. Anders kann man es nicht bezeichnen. Dabei war im Sommer die Pandemie fast zum Erliegen gekommen. Über mehrere Wochen lag die 7-Tage-Inzidenz im Saarland stabil unter 10, um dann gegen Ende Juli wieder anzusteigen bis auf knapp unter 100 Anfang September. Wir rechneten damit, dass dies die prognostizierte Herbstwelle ist. Danach allerdings – und das hat uns überrascht – sanken die Fallzahlen bis auf eine Inzidenz von 40 Anfang Oktober. Die Warnungen im Sommer vor einer neuen, sich massiv aufbauenden Welle im Herbst schienen sich nicht zu bewahrheiten. Die Impfquote von über 70 Prozent – so sah es aus – hatte die vierte Welle frühzeitig eingebremst.

Das war die Zeit, in der wir mit dem Saarlandmodell Plus am 28. September weitere Lockerungen verfügt hatten – ganz nach unserem Grundsatz: So viele Einschränkungen wie nötig, so viel Freiheit wie möglich. Das war aber auch die Zeit, in der auch aus der Fachwelt manche Entwarnung kam. Ich habe das seinerzeit sehr genau registriert. Als sich Bundesgesundheitsminister Jens Spahn Mitte Oktober für das Auslaufen der epidemischen Lage von nationaler Tragweite aussprach, da gab es auch Stimmen aus der Wissenschaft und aus den Ärzteverbänden, die dies ausdrücklich begrüßten.

Von daher stimmt es auch definitiv nicht, was jetzt immer wieder behauptet wird: Die Wissenschaft hätte unisono vor der aktuellen Entwicklung gewarnt, und die Politik hätte einfach nicht hingehört. Das ist so nicht richtig, meine Damen und Herren.

Wir waren auch in diesem Sommer alles andere als untätig. Wir haben auch im Sommer die Impfkampagne vorangetrieben. Die gesamte Zeit waren bei uns mobile Impfteams unterwegs – in sozialen Brennpunktvierteln, in Wärmestuben, Notschlafstellen, Lebenshilfen, Migranteneinrichtungen und -projekten, an Schulen und Hochschulen. Wir haben niedrigschwellige Impfangebote an belebten Plätzen, in Einkaufszentren, Schwimmbädern, Zoos und Supermärkten angeboten. Bei diesen niedrigschwelligen Angeboten wurden insgesamt über 55.000 Dosen verimpft. Das reicht für mehr als 5 Prozent der saarländischen Bevölkerung. Immerhin! Die höchste Impfquote von allen Flächenländern, die kommt eben nicht von ungefähr, meine Damen und Herren. Man kann uns als Politiker ja gerne vorwerfen, wir wären zu lax gewesen und hätten manches versäumt. Mit solchen Vorwürfen müssen wir als Politiker leben. Aber zu behaupten, es sei mehr oder weniger alles schiefgelaufen, ein solcher Vorwurf trifft immer auch diejenigen, die die Arbeit in der Fläche machen. Und die haben das nicht verdient.

Unser bundesweiter Spitzenplatz bei den Impfungen ist eine außerordentliche Leistung aller Beteiligten, den Helfern in den Impfzentren, dem Personal in den Arztpraxen und vor allem auch dieser mobilen Impfteams. Ich lasse mir regelmäßig über deren Arbeit berichten und kann nur sagen: Was die leisten, das können wir kaum genug würdigen. Auch das sollte in diesem Haus einmal gesagt und auch gedankt werden.

Dies umso mehr, als diese Arbeit angesichts der sinkenden Impfbereitschaft immer schwerer wurde. Es wurde mehr und mehr zum Kraftakt, skeptische Menschen von den Vorteilen der Impfung zu überzeugen. Es sind zurzeit etwas mehr als 10 Prozent der saarländischen Bevölkerung – wenn wir Kinder und Jugendliche abziehen –, die nicht geimpft sind; die sich aus welchen Gründen auch immer einer Impfung verweigern; und das, wenn man sie anspricht, zum Teil sehr hartnäckig, bisweilen sogar feindselig. Dennoch haben wir alles versucht, um die Impfquote weiter zu erhöhen. Leider ist das nicht in dem Maße gelungen, wie wir es uns gewünscht hätten.

Erst jetzt, wo die Pandemie wieder wütet, wo Nicht-Geimpfte konkrete Nachteile in Kauf nehmen müssen, wo ein Teil von ihnen erkennt, möglicherweise

nun doch nicht unbeschadet ohne Impfung durch die Pandemie zu kommen, jetzt werden auch wieder Erstimpfungen nachgefragt. Auch wenn ich wirklich kein Verständnis mehr habe für das lange Zögern, für die Impfzurückhaltung, bin ich doch froh, dass nun auch die Erstimpfungszahlen wieder steigen. Besser jetzt als nie!

Die geringe Akzeptanz des Impfangebotes im Sommer war schließlich auch der Grund, warum wir die Impfzentren geschlossen beziehungsweise in den Standby-Modus gesetzt haben. Damit folgten wir einem Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz vom 28. Juni 2021. Sicher, aus der Rückschau von heute wäre es besser gewesen, die Zentren aufrechtzuhalten. Aus der damaligen Sicht auf der Basis des damaligen Wissensstandes war es jedoch folgerichtig.

Zunächst haben wir nicht alle Impfzentren geschlossen. Von unseren sechs Impfzentren haben wir vier geschlossen und zwei in einen Stand-by-Betrieb versetzt, so dass sie jetzt wieder aktiviert werden können. Man muss doch sehen: Wir haben die Impfzentren doch nur aus dem Grund überhaupt eingerichtet, weil wir am Anfang so wenig Impfdosen hatten. Diese über einige hundert Arztpraxen zu verteilen und dabei gleichzeitig die Prio-Liste zu berücksichtigen, das wäre kaum möglich gewesen. Deswegen haben wir die Impfzentren als zentrale Anlaufstellen geschaffen. Als im Sommer die Schließung beschlossen wurde, da waren diese Zentren über lange Zeiten fast leer, wie mir berichtet wurde. Und damals rechnete kein Mensch damit, dass wir jetzt wieder eine massive Booster-Kampagne starten müssen. Es gab zu diesem Zeitpunkt keinen belastbaren Hinweis, dass wir alle sechs Zentren wieder brauchen würden. Dennoch für teures Geld diese Zentren am Leben zu halten, das hätten uns zu Recht der Bund der Steuerzahler und der Landesrechnungshof scharf angekreidet.

Ein Problem war, dass die Wirkungsdauer der Impfstoffe überschätzt wurde. Im Januar ging der Präsident des Paul-Ehrlich-Instituts, Claus Cichutek, von einer lang anhaltenden Wirkung der mRNA-Impfstoffe aus. Auch auf der besagten Gesundheitsministerkonferenz am 28. Juni dieses Jahres wurde noch

festgestellt: „Es gibt Hinweise, dass der Impfschutz mindestens sechs Monate anhält, voraussichtlich sogar ein Jahr oder länger.“

Erst im September/Okttober verbreitete sich die Erkenntnis verschiedener wissenschaftlicher Studien, dass die Impfstoffwirkung nach ein paar Monaten zum Teil rapide abnimmt. Das hatte wohl auch mit der sehr viel ansteckenderen Delta-Variante zu tun. Allerdings hatte sich noch im August der Vorsitzende der Ständigen Impfkommission (STIKO), Thomas Mertens, zurückhaltend zu dem Vorhaben der Regierung geäußert, im September mit Auffrisch-Impfungen gegen das Coronavirus Sars-CoV-2 zu beginnen. Ich zitiere: „Hier handelt es sich um eine politische Vorsorgemaßnahme ohne ausreichende medizinische Evidenz.“, sagte Mertens der Welt.

Erst am 7. Oktober empfahl die STIKO die Auffrisch-Impfung – und dies auch nur für Menschen über 70 Jahre, für Bewohner von Pflegeeinrichtungen und das Personal in Heimen und medizinischen Einrichtungen frühestens sechs Monate nach der Zweitimpfung. Wir haben basierend auf den entsprechenden GMK-Beschlüssen trotzdem am 6. September – also lange vor der STIKO-Empfehlung – mit den Booster-Impfungen begonnen. Mit mobilen Impfteams sind wir in die Alters- und Pflegeheime gegangen mit Auffrisch-Impfungen, und zwar sowohl bei den Bewohnern als auch bei den Beschäftigten. Bis zum 15. November waren wir dann auch durch alle Heime durch. Leider haben auch hier nicht alle unser Angebot angenommen. Das ist der Grund, warum es auch in solchen Heimen noch zu Corona-Ausbrüchen kommt. Am 16. November haben wir dann mit den Auffrisch-Impfungen in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe begonnen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die aktuelle Pandemie-Lage fordert uns extrem heraus. Die 7-Tage-Inzidenz beträgt mittlerweile mehr als das Doppelte des bisherigen Höchstwertes von 200 in der zweiten Welle. Ebenso die Zahl der aktiv Infizierten, die bei knapp unter 8.000 liegt. Möglicherweise – so mutmaßt zumindest Prof. Thorsten Lehr von der Saar-Uni – ist das sogar Folge des schnellen Impffortschrittes im Saarland. Denn wenn viele Menschen früh geimpft sind, lässt – wie wir heute wissen – entsprechend der volle Impfschutz in der Breite auch nun wieder nach.

Dennoch zeigt sich sehr deutlich: Sars-CoV-2 breitet sich in aller erster Linie bei den Nicht-Geimpften aus. Bei den Geimpften und Genesenen liegt die 7-Tage-Inzidenz im Saarland bei etwa 80, bei den Nicht-Geimpften beziehungsweise den Personen, deren Impfstatus nicht bekannt ist, bei über 1.200. Und was wir bundesweit beobachten: Auf den Intensivstationen befinden proportional weitaus mehr ungeimpfte als geimpfte Patienten. Somit ist es auch kein Zufall, dass die Pandemie dort am härtesten wütet, wo die Impfquote vergleichsweise niedrig ist wie in Bayern, Sachsen und Thüringen.

Auch wenn die Pandemie zurzeit nicht ausschließlich eine der Ungeimpften ist, so steht doch fest: Die Infektionsdynamik geht von denen aus, die sich der Impfung verweigern beziehungsweise zu lange verweigert haben.

Vor diesem Hintergrund ist die Forderung nach einer generellen Impfpflicht für alle nachvollziehbar. Ich schließe auch nicht aus, dass sie in Zukunft kommen muss, um in weiteren Wellen weitere Einschränkungen für Geimpfte zu vermeiden – vor allem auch mit Blick auf Omikron und die viel zu niedrige Impfquote in einigen Bundesländern. Bloß hilft uns diese Debatte zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht weiter. Wer sich jetzt zum ersten Mal impfen lässt, erlangt den vollen Immunschutz erst nach seiner Zweitimpfung, also erst nach einigen Wochen. Er wird zur Eindämmung dieser vierten Welle mit seiner Impfung kaum beitragen. Die sich dadurch ergebende Zeit muss natürlich genutzt werden, ethische und verfassungsrechtliche Aspekte einer Impfpflicht zu diskutieren - auch im Rahmen einer breiten parlamentarischen Debatte.

Zudem muss zumindest unser saarländischer Anspruch sein, dass wir auch ohne Impfpflicht einen hinreichenden Immunisierungsgrad erreichen können. Die nun steigende Nachfrage nach Erstimpfungen stimmt mich da hoffnungsvoll.

Meine Damen und Herren, das Infektionsgeschehen ist virulent wie nie. Dennoch liegt die Zahl der intensiv behandelten COVID-19-Patienten im Saarland deutlich unter dem bisherigen Höchstwert von 87 im Januar dieses Jahres. Es sind trotz mehr als doppelt so hoher Inzidenz und mehr als doppelt so vielen aktiv Infizierten weniger als die Hälfte. Das ist jedoch kein Grund zur Entwar-

nung. Auch unsere Krankenhäuser werden bei einer fortgesetzten Verschärfung der Lage unter Druck kommen. Das kündigt sich schon jetzt an, wie mir die Ärztinnen und Ärzte aus den Kliniken berichten.

Erstens steigen bei uns die Fallzahlen weiter, so dass auch die Zahl der Intensivpatienten weiter ansteigen wird. Zweitens übernehmen wir im Rahmen des Kleeblatt-Systems Patienten aus anderen Bundesländern, aktuell aus Baden-Württemberg und Bayern. Das wird bei steigenden Hospitalisierungen zu einer Art osmotischem Ausgleich führen. Ich finde es gut und richtig, dass wir ein solches System bundesweit etabliert haben. Das zeigt: Auch in der Pandemie findet der Föderalismus zur gemeinsamen bündischen Verantwortung zusammen.

Von daher bin ich auch der Auffassung, dass wir uns nach wie vor in einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite befinden. Ich denke, die aktuelle Situation fordert die Republik als Ganzes heraus. Wenn Airbusse der Bundeswehr Intensiv-Patienten aus Bayern in andere Teile Deutschlands überführen müssen, was ist das anderes als eine Lage von nationaler Tragweite? Deswegen werde ich das auch weiter fordern. Gerade auch angesichts der neuen Omikron-Variante brauchen wir jetzt sehr zeitnah vor dem anvisierten 9. Dezember eine erneute MPK mit einem Austausch mit den führenden Experten. Wir brauchen jetzt belastbare Informationen aus erster Hand. Die Lage ist akut und erfordert schnelles gemeinsames Handeln. Fast alle führenden Virologen, Epidemiologen und Immunologen fordern dies immer eindringlicher. Wir werden heute jedenfalls die epidemische Lage für unser Bundesland feststellen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir setzen auf drei Instrumentarien, um diese epidemische Lage wieder zu entschärfen.

Erstens: Das A und O der Pandemiebekämpfung ist und bleibt die Immunisierung anhand des Impfens. Wir werden unserer Impfkampagne vor allem bei den Auffrisch-Impfungen einen neuen Schub geben und haben damit auch schon angefangen.

In über 560 Arztpraxen und von den mobilen Impfteams wurden bislang über 100.000 Auffrisch-Impfungen vorgenommen. Mehr als 11 Prozent der Bevölkerung sind geboostert. Das ist die dritthöchste Quote im Ländervergleich. Vor wenigen Tagen lagen wir noch auf dem fünften Platz. Es geht jetzt mit Hochdruck weiter voran.

Am heutigen Tag nehmen die Impfzentren in Neunkirchen, Saarlouis und Büschfeld im Landkreis Merzig-Wadern ihren Betrieb auf. Zum Jahresbeginn wird auch das Impfzentrum Saarbrücken wieder öffnen. Derweil errichtet die Landeshauptstadt ein kommunales Impfzentrum auf dem St. Johanner Markt. Der Aufbau und die Aktivierung der Impfzentren in Büschfeld und Saarbrücken erfolgt unter Beteiligung der Katastrophenschutz- und Blaulichtverbände sowie unter Einbeziehung der Bundeswehr. Ich betone das ausdrücklich, damit jeder weiß, was wir diesen Verbänden und der Bundeswehr zu verdanken haben. Um lange Warteschlangen zu verhindern, können die Termine seit letzten Freitag wieder online oder über eine Hotline gebucht werden.

Meine Damen und Herren, ich will auch das an dieser Stelle betonen: In welcher Geschwindigkeit jetzt wieder eine leistungsfähige Impf-Infrastruktur aufgebaut wurde, das ist aller Anerkennung wert. Da wurde von den Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitsministerium ebenso wie in den Landkreisen, den Landräten und ihren Teams hervorragende Arbeit geleistet.

Alleine mit diesen Impfzentren im Einschichtbetrieb und den Arztpraxen werden wir bis Jahresende etwa 300.000 Impfungen durchführen können. Das ist die Perspektive Stand heute. Wir wollen allerdings noch spürbar zulegen. Viele Ärzte planen zusätzliche Sonderimpftermine. Auch die saarländischen Krankenhäuser werden Impfangebote für ihr medizinisches Personal machen. Aktuell läuft auch eine Ausschreibung für zusätzliches medizinisches Personal, damit wir die Kapazitäten in den Impfzentren und den mobilen Teams noch erweitern können. Hinzu kommt eine derzeit kaum zu überschauende Anzahl von kleineren Impfzentren, die auf private Initiative hin, von Hilfsverbänden, Vereinen, niedergelassenen Ärzten und auch Ortsvorstehern errichtet werden.

Ich werde auch nicht aufhören mit der Forderung, die wir bereits in der MPK aufgestellt haben, nämlich auf Bundesebene die rechtlichen Voraussetzungen

für Impfungen durch Tierärzte, Zahnärzte und Apotheker zu schaffen. Ich verstehe ja die Ärzteschaft, wenn sie dies kritisch sieht. Impfen ist mit allem, was damit zusammenhängt, eine medizinische Maßnahme, die man nicht leichtfertig unterschätzen sollte. Aber wenn bereits heute in Modellprojekten Apotheken Influenza-Impfungen vornehmen, dann sollte das auch in einer Ausnahmesituation wie dieser für Corona-Impfungen möglich sein. Auch als medizinischer Laie kann ich mir nicht vorstellen, dass dabei das Risiko höher sein soll als der Nutzen. Die Apothekerkammer und Tierärztekammer des Saarlandes haben sich jedenfalls schon bereit erklärt. Worauf – bitte schön – warten wir noch? Muss sowas in Deutschland immer so ellenlang dauern? Die aktuelle Ampelmehrheit im Deutschen Bundestag sollte das so schnell wie möglich umsetzen.

Meine Damen und Herren, wir im Saarland sind für den Ansturm auf Booster- und auch auf die Erstimpfungen gut gerüstet. Was mich jedoch empört – ich sage es so drastisch – das ist die aktuelle Kontingentierung bei den Impfstoffen. Meine Damen und Herren, seit Monaten werben wir ohne Unterlass für das Impfen, ja diskutieren sogar über eine allgemeine Impfpflicht. Und jetzt, wo man in den Arztpraxen zu Massenimpfungen bereit ist, wo wir wieder die Impfzentren aufgebaut haben, wo die Menschen geimpft werden wollen, jetzt wird uns aus Berlin das Stoppschild vor die Nase gesetzt. Da sind die Ärzte und das Personal in den Arztpraxen vollkommen zu Recht aufgebracht, wenn sie sich nun mit wütenden Impfwilligen auseinandersetzen müssen. Ich fordere hiermit: Stellt uns so schnell wie möglich genügend Impfstoffe zur Verfügung!

Die zweite Säule unserer Pandemiebekämpfung ist und bleibt das Testen. Breitflächiges häufiges Testen war von Anfang an ein Kernelement unseres Saarlandmodells. Und das ist es auch heute noch. Es gab im Frühjahr viele Stimmen, die mahnten: Das Testen ist kein Ersatz für Kontaktbeschränkungen. Die Erfahrung hat aber gezeigt: Doch! Wer viel testet, kann sich mehr Lockerungen erlauben als jemand, der wenig testet. Wir haben das auch wissenschaftlich evaluieren lassen von Prof. Göran Kauermann vom Statistischen Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München. Der hat glasklar nach-

gewiesen: Durch das Testen konnten viele asymptomatische Infektionen entdeckt, damit die Dunkelziffer verringert und Infektionsketten vorzeitig unterbrochen werden. Natürlich steigen damit zunächst einmal die Inzidenzen. Denn wer mehr testet, erfasst auch mehr Infektionen. Das ist eine Binsenweisheit. Auf die Dauer aber bremst es das Infektionsgeschehen merklich ein. Das war auch unsere Erfahrung im April/Mai dieses Jahres. Auch damit sind wir unserem Grundsatz „so viele Einschränkungen wie nötig, so viel Freiheit wie möglich“ treu geblieben.

Aus diesem Grund werden wir auch weiterhin viel testen. Seitdem die Bürgertests wieder kostenlos sind, füllen sich auch die Testzentren wieder. In der vorletzten Woche hatten wir im Saarland knapp 260.000 statistisch erfasste Schnelltests. Das waren signifikant mehr als in der Vorwoche mit circa 178.000. Hinzu kommen zahlreiche Schnelltests, die nicht statistisch erfasst werden wie beispielsweise diejenigen in den Arztpraxen. In den Kitas stehen Kindern ab drei Jahren zwei Mal wöchentlich Lolli-Antigen-Tests zur Verfügung. In den weiterführenden Schulen testen sich Schülerinnen und Schüler zwei Mal in der Woche selbst. Wir werden auch verstärkt die 2G Plus Regel zur Anwendung bringen, bei der auch Geimpfte und Genesene einen negativen Testnachweis erbringen müssen.

Damit wäre ich auch bei der dritten Säule unserer Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung, die Kontaktbeschränkungen. Meine Damen und Herren, es führt in der derzeitigen Pandemie-Lage an weiteren Kontaktbeschränkungen kein Weg vorbei. Diese werden Nicht-Geimpfte in stärkerem Maße treffen als die Geimpften. Ich denke, das ist nur folgerichtig, nachdem wir allen Saarländerinnen und Saarländern ein Impfangebot unterbreitet haben.

Zunächst aber werden wir die Maskenpflicht wieder verbindlich festschreiben: Im Außenbereich dort, wo der Mindestabstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann, im Innenbereich, beispielsweise in der Gastronomie, immer dann, wenn man seinen Platz verlässt. Hinsichtlich privater Zusammenkünfte im öffentlichen und privaten Raum gilt für Ungeimpfte: nur noch ein Haushalt plus eine nicht diesem Haushalt angehörige Person dürfen sich treffen. Für

Geimpfte, Genesene, Schülerinnen und Schüler und Kinder unter sechs Jahren gilt dies nicht.

2G wird künftig gelten für Freizeitaktivitäten im Außenbereich wie etwa in Freizeitparks, bei kulturellen Betätigungen in Gruppen, bei der Teilnahme am Freizeit- und Amateursportbetrieb, ebenso in Tanzschulen und auch der Außen-Gastronomie. Zudem werden wir 2G auch in den Ladenlokalen einführen, ausgenommen diejenigen, die der Grundversorgung dienen.

2G-Plus werden wir für den Innenbereich der Gastronomie festschreiben, ebenso für die Hotellerie, für körpernahe Dienstleistungen, für Freizeiteinrichtungen wie Schwimm- und Spaßbäder, Thermen und Saunen, für jegliche sportliche Betätigung in Innenräumen und für alle kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen. Auf diese Eckpunkte haben wir uns in der vergangenen Woche in der Landesregierung geeinigt. Weitere detaillierte Regelungen werden wir in dieser Woche in einer neuen Rechtsverordnung festhalten.

Fest steht auch: Wir werden in den kommenden Wochen mit unseren Ordnungskräften vermehrt scharfe Kontrollen durchführen und überall dort vor harten Sanktionen nicht zurückschrecken, wo gegen unsere Auflagen verstoßen wird. Wir haben das in den letzten Tagen schon getan. Wir werden das von nun an noch intensivieren. Ich rate jedem: Nehmen Sie die geltenden Bestimmungen nicht auf die leichte Schulter. Nehmen Sie sie ernst – zu Ihrem eigenen Vorteil!

Wir gehen davon aus, dass diese Maßnahmen die vierte Welle in unserem Land einbremsen werden. Ob sie angesichts der bundesweiten Entwicklung hinreichend sind, muss auf anderer Ebene erörtert werden. Wir jedenfalls nutzen unseren Handlungsspielraum weitgehend aus.

Meine Damen und Herren, durch die 2G-Plus-Regelungen wird nun auch für Geimpfte und Genesene die Teilnahme am öffentlichen Leben mit neuen Auflagen versehen. Das fällt uns nicht leicht, zumal mit der Impfung immer auch ein gewisses Freiheitsversprechen verbunden war. Sie wissen aber, es gibt zahlreiche Stimmen in der Wissenschaft, die sogar wieder den vollkommenen Lockdown für alle fordern. So weit wollen wir nicht gehen. Wir wollen, soweit

es irgend möglich ist, Geimpften und Genesenen Freiräume erhalten. Das soll gerade für diejenigen gelten, die mit dem Impfen ihrer sozialen Verantwortung nachgekommen sind. Unsere Expertenrunde, mit der ich mich regelmäßig austausche, trägt diesen Kurs auch weitgehend mit.

Hinzu kommt: Wir haben seit dem Frühjahr eine außerordentlich dichte Testinfrastruktur aufgebaut. Das kommt uns jetzt zugute. Denn dies hilft, dass 2G-Plus möglichst einfach gemacht und damit von den Betroffenen nicht als allzu hohe Hürde empfunden wird.

Schließlich noch ein Wort zu den Schulen und Hochschulen. Erneute Schließungen in diesen Bereichen werden wir, solange es irgendwie geht, vermeiden. Bevor wir nochmals die junge Generation derart belasten, wollen wir alle anderen Mittel der Pandemie-Bekämpfung ausschöpfen.

Unabhängig von all unseren Bestimmungen möchte ich nochmals alle Saarländerinnen und Saarländer eindringlich bitten, auch freiwillig, wo es zumutbar ist, auf Kontakte zu verzichten und akribisch die Abstands- und Hygiene-Regeln einzuhalten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, auch wenn gelegentlich anderes behauptet wird: Wir haben seit Beginn der Pandemie im Februar/März des vergangenen Jahres immer eine klare Linie verfolgt. Für uns galt immer das Prinzip: So viele Einschränkungen wie nötig, so viel Freiheit wie möglich. Im März des letzten Jahres gehörten wir zu den ersten, die Schulschließungen und strikte Kontaktbeschränkungen anordneten. Wir gehörten aber auch zu den ersten, die beim Abklingen der ersten Welle Einschränkungen wieder zurücknahmen – allen voran die Einschränkungen des Versammlungs- und Demonstrationsrechts. Wir handeln je nach Pandemie-Lage und beachten zu jeder Zeit äußerst sorgfältig das Verfassungsgebot der Angemessenheit unserer Maßnahmen. Wir können und müssen individuelle Rechte einschränken, wenn dies die Vermeidung extremer Gesundheitsgefährdungen unabdingbar macht. Aber sogar extreme Notlagen dürfen den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat noch nicht einmal im Ansatz aus den Angeln heben.

Dies war auch der Kern unseres Saarlandmodells. Das Saarlandmodell war und ist nie ein reines Lockerungsprogramm. Es war immer ein Steuerungsmodell, das auch die Einschränkung von Rechten dann vorsah, wenn es die Pandemie-Lage erforderte. Das haben wir von Anfang an betont. Dabei sollte jedoch stets nach Alternativen für harte Maßnahmen gesucht und möglichst milde Eingriffe gewählt werden. Dies ist und bleibt auch die Richtschnur unseres Handelns in den kommenden Wochen, für die wir keineswegs ausschließen können, dass wir wie nie zuvor von Sars-CoV-2 herausgefordert werden.

Dabei – und das beteuere ich ausdrücklich - sind wir immer ganz eng am Geschehen. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung wie auch in den Kommunen sind mit nichts Anderem beschäftigt. Sie werten tagtäglich Daten und Fakten zur Pandemie aus, beobachten die Situation hier und in anderen Ländern, spielen Szenarios durch und machen Handlungsvorschläge. Ich schaue mir das immer wieder sehr genau an. Das wird vielleicht nach außen hin nicht so sichtbar. Hinter den Kulissen bestimmt aber die Pandemie-Bekämpfung auf vielen Ebenen das Geschehen von morgens früh bis abends spät. Wir lassen Sars-CoV-2 und alles, was damit zusammenhängt, nicht aus den Augen. Das garantiere ich.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, bei all unseren Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung galt immer: Letztlich kommt es auf die Menschen in unserem Land, kommt es auf jeden Einzelnen an. Bei jeder Welle machten wir bisher eine grundlegende Erfahrung: Schon bevor die Wirkung unserer Maßnahmen in der Fallzahlentwicklung sichtbar werden konnte, gingen diese wieder zurück. Das heißt: Die große Masse der Saarländerinnen und Saarländer wurden aus eigenem Antrieb vorsichtiger und umsichtiger. Sie reduzierten freiwillig Kontakte, trugen Atemschutzmasken und achteten auf Abstände und sonstige Hygieneregeln. Ich bin sicher: Das ist auch dieses Mal der Fall. Es sind viele, die sachkundigen Rat und belastbare Informationen brauchen. Es sind aber nur wenige, die unsere Anordnungen und Vorschriften brauchen. Die große Mehrheit der Menschen in unserem Land hört auf die Stimme der Vernunft und handelt nach den Geboten der Verantwortung. Das ist das, was mich zuversichtlich macht: Wir werden auch größere Herausforderungen gemeinsam meistern.